



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Lieber Leserinnen, liebe Leser,

nach unbeschwerten Karnevalstagen hat sich der Landtag in seiner ersten von zwei Plenarwochen im März vielen wichtigen Themen zugewandt. Ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskrieges haben CDU, SPD, Grüne und FDP einen gemeinsamen Antrag verabschiedet, der den Menschen in Nordrhein-Westfalen Anerkennung und Dank für ihre große Solidarität mit den Opfern der russischen Invasion ausspricht. Gleichzeitig hat der Landtag seine Unterstützung für die Ukraine auch für die Zukunft bekundet. Ministerpräsident Hendrik Wüst hat bei der Debatte vielen Menschen aus dem Herzen gesprochen als er sagte, die Botschaft des Tages sei: Wir haben Euch nicht vergessen!

Gegen das Vergessen und für die Erinnerung an die Schrecken des Krieges – darum ging es auch bei einer weiteren parlamentarischen Initiative mit dem Ziel, das ehemalige Nazi Stammlager 326 für Kriegsgefangene zu einer Gedenkstätte weiterzuentwickeln. Die Weichen hierfür hat der Landtag jetzt mit seinen Beschlüssen gestellt. Wie wichtig es ist die kollektive Erinnerung wach zu halten, zeigen uns die aktuellen Ereignisse eindringlich.

Eindringliche Bilder haben uns in der jüngsten Vergangenheit auch aus dem Gebiet der Erdbebenkatastrophe in Syrien und der Türkei erreicht. Viele Menschen bei uns in Nordrhein-Westfalen haben direkte familiäre oder freundschaftliche Verbindungen in die Region und beklagen Opfer, Verletzte oder Vermisste. Der Landtag hat deshalb seine Anteilnahme ausgedrückt und die Landesregierung deshalb gebeten zu prüfen, wie praktisch und vor Ort geholfen werden kann, das Leid der Menschen zu lindern.

Neben Einblicken in meine Arbeit für Sie und unsere Heimat in Düsseldorf, soll aber auch ein Einblick in meine Begegnungen und Gespräche vor Ort im Kreis Warendorf natürlich auch dieses mal nicht fehlen. Sie finden daher wieder einige Berichte meiner Termine im Wahlkreis für Sie zusammengestellt und dabei entstandene Bilder beigelegt. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Freude beim Lesen, gute Informationen und danke Ihnen wie immer sehr herzlich für Ihr Interesse.

Bleiben Sie bitte gesund und zuversichtlich!

Herzliche Grüße
Ihr Daniel Hagemeyer MdL



Die Abgeordneten des Landtags von Nordrhein-Westfalen gedenken der Opfer der gewaltigen Erdbeben-Katastrophe in der Türkei und in Syrien vom 6. Februar 2023. Auch Daniel Hagemeyer trug sich in das Kondolenzbuch ein.

Deutsche Kinderhospiz Stiftung mit einem Informationsstand im Landtag von Nordrhein-Westfalen



„Es geht nicht darum, dem Leben mehr Tage zu geben, sondern den Tagen mehr Leben“ – Kinder- und Jugendhospizarbeit bedeutet, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit lebensverkürzender Erkrankung und ihren Familien verlässlich auf ihrem Lebensweg zu begleiten. Über 50.000 junge Menschen deutschlandweit leben mit einer entsprechenden Diagnose. Daniel Hagemeyer informierte sich in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Gesundheitsausschusses über die Arbeit der Deutschen Kinderhospiz Stiftung.

**Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de**



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-

Aus der Landesregierung

108,63 MILLIONEN EURO HILFEN FÜR GESTIEGENE ENERGIEKOSTEN

Gute Nachricht für die Weiterbildungs-, Forschungs- und Kultureinrichtungen und die Studierendenwerke in Nordrhein-Westfalen. Das Landeskabinett hat weitere zielgerichtete Hilfen für diese Einrichtungen auf den Weg gebracht. Erste Hilfszahlungen sind bereits angewiesen worden. Das Geld stammt aus dem Sondervermögen des Landes Nordrhein-Westfalen. Insgesamt fünf Milliarden Euro sind vorgesehen, die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine abzumildern. Mit Kabinettsbeschluss vom 28. Februar 2023 wurden folgende Hilfspakete für die Einrichtungen und die Studierendenwerke geschnürt.

Kultureinrichtungen:

Besonders unsere Kultureinrichtungen sind von den Auswirkungen der durch den russischen Angriffskrieg verursachten Energiekrise betroffen. Die Mehrkosten für gestiegene Energiepreise können weder von den Einrichtungen selbst, noch aus dem Kulturhaushalt bezahlt werden. Deswegen hat der Bund den „Kulturfonds Energie“ aufgelegt. Zur Unterstützung der Kultureinrichtungen bei der Bewältigung der Energiekrise stehen im Kulturfonds Energie des Bundes im Förderzeitraum vom 1. Januar 2023 bis zum 30. April 2024 bis zu einer Milliarde Euro zur Verfügung. Die Landesregierung unterstützt die Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen darüber hinaus und stockt die Hilfen mit Mittel aus dem Sondervermögen für das Jahr 2023 auf. Über einen zusätzlichen Härtefallfonds für nordrhein-westfälische Kultureinrichtungen wird zudem die Möglichkeit eröffnet, Mehrkosten ab Beginn der Heizperiode – also vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2022 – abzufedern. Insgesamt stellt die Landesregierung 92,88 Millionen Euro zur Verfügung.

Studierendenwerke:

Zur Abfederung der Energiemehrkosten als Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sind für die Studierendenwerke bis zu 10 Millionen Euro für das Haushaltsjahr 2023 vorgesehen. Rund 4,4 Millionen Euro werden den Studierendenwerken in Kürze zugewiesen. Weitere 1,671 Millionen Euro aus dem Sondervermögen sind für die Stärkung der kritischen Infrastruktur der Studierendenwerke vorgesehen. Dazu gehört zum Beispiel die Anschaffung von Notstromaggregaten und weiteren Geräten, die eine unterbrechungsfreie Stromversorgung gewährleisten. Die Zahlung von 417.800 Euro zur Stärkung der Infrastruktur wurde noch im Februar veranlasst.

Volkshochschulen und anerkannte Weiterbildungseinrichtungen:

Für die Mehrkosten von Volkshochschulen und anerkannten Weiterbildungseinrichtungen stehen für die Abfederung der gestiegenen Energiekosten 3,36 Mio. Euro aus dem Sondervermögen zur Verfügung. Nach Abzug von 20 Prozent Einsparungen werden bis zu 80 Prozent der Mehrkosten übernommen. Ab März werden die Hilfen für Volkshochschulen und anerkannte Weiterbildungseinrichtungen ausbezahlt.

Forschungseinrichtungen:

Für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen hat der Bund einen Härtefallfonds aufgelegt, der Hilfen für gemeinsam finanzierte Einrichtungen vorsieht. Landeseigene Forschungseinrichtungen sind jedoch nicht von der Hilfe des Bundes umfasst. Deshalb hat das Land 720.000 Euro für bis zu 90 Prozent der preisbedingten Zusatzausgaben bereitgestellt. Betroffen davon sind z.B. die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft oder die Akademie der Wissenschaften und Künste. Das Geld soll noch im 1. Quartal 2023 fließen.



Hintergrund Sondervermögen „Krisenbewältigung“:

Mit dem Sondervermögen von bis zu 5 Mrd. Euro werden ab Jan. 2023 zusätzliche Mittel bereitgestellt, um die Folgen der Energiekrise, insbesondere von Preissteigerungen, sw. die Folgen der mit dem russischen Angriffskrieg ausgelösten Fluchtbewegung weiter abzufedern. Dabei geht es um Maßnahmen zur Krisenhilfe, Krisenresilienz und Krisenvorsorge.

Die Hilfsprogramme sollen dabei einerseits bestehende Lücken der Bundeshilfsprogramme der Strom- und Gaspreisbremse sowie der zusätzlichen Härtefallfonds schließen, andererseits mit Blick auf die besondere Situation in NRW darüber hinausgehen. Bereits am 7. Februar 2023 hatte das Kabinett 208 Mio. Euro aus dem Sondervermögen für Hochschulen und Universitätskliniken bereitgestellt.

**CDU****NRW Fraktion****Daniel Hagemeyer**

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Landesregierung**Berufseinstiegsbegleitung: Angebot für Schüler geht in die nächste Runde**

In den vergangenen beiden Schuljahren wurden jeweils rund 6.000 Jugendliche durch das Unterstützungsangebot „Berufseinstiegsbegleitung NRW“ der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und der Bundesagentur für Arbeit gefördert. Mit der Berufseinstiegsbegleitung werden Jugendliche mit schwierigeren Startchancen und dem Interesse an einer dualen Berufsausbildung von Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleitern kontinuierlich sozialpädagogisch unterstützt. Ziel ist, den Jugendlichen ihren Schulabschluss und den erfolgreichen Einstieg in Ausbildung zu ermöglichen. In der im Februar gestarteten neuen Förderphase wird wieder eine vergleichbare Zahl von Jugendlichen profitieren können. Die Berufseinstiegsbegleitung verfolgt das Ziel, die Chancen der Schülerinnen und Schüler auf einen erfolgreichen Übergang in eine berufliche Ausbildung deutlich zu verbessern und diese jungen Menschen zu stabilisieren. In der bis zu 36-monatigen Betreuungsdauer bauen die Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleiter eine persönliche Beziehung zu den Jugendlichen auf. Mit sozialpädagogischer Kompetenz helfen sie den Schülerinnen und Schülern im Alltag, in der Schule und bei der Berufswahl. Die regelmäßige individuelle Unterstützung setzt in der Vorabgangsklasse, 18 Monate vor dem Abschluss ein. Gefördert werden Jugendliche, die den Förder-, Haupt-, Realschulabschluss erreichen wollen. Während der Schulzeit findet auch Berufsorientierung statt. Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleiter vermitteln Praktika und unterstützen die jungen Menschen, sich für passende Ausbildungsberufe zu entscheiden. Im Anschluss helfen sie bei der Bewerbung, etwa durch Bewerbungstraining und Unterstützung bei der Gestaltung der Bewerbungsunterlagen. Ist der Start in die Ausbildung gelungen, können sich die Jugendlichen noch während der ersten Monate der Ausbildung individuell begleiten lassen. Ziel ist es, dass die Jugendlichen den Berufsabschluss erwerben und als Fachkraft dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die Finanzierung der „Berufseinstiegsbegleitung NRW“ wird zu gleichen Teilen durch das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesagentur für Arbeit gewährleistet. Im Jahr 2022 waren es rund 31 Millionen Euro, mit denen die rund 6.000 Schülerinnen und Schüler gefördert wurden.

**NRW bleibt Sportland Nr. 1**

"Was finanzielle Förderungen des Landes angeht, so haben wir uns lange nicht mehr so gefreut, wie in den letzten 5 Jahren." äußerte sich Vizepräsident Wolfgang Krogmeier bezüglich der millionenschweren Förderprojekte "Moderne Sportstätte 2022" der NRW Landesregierung.

Die Landtagsabgeordneten Daniel Hagemeyer und Markus Höner trafen sich mit ihrem Bundestagskollegen Henning Rehbaum sowie CDU-Kreistagsmitglied und Vorsitzende des Sportausschusses im Kreis, Andrea Geiger, zu einem Gespräch mit Mitgliedern des Präsidiums des Kreissportbundes

Warendorf. Eines der Hauptthemen war das Ehrenamt im Vereinswesen sowie neue Aufgaben, vor denen die Vereine stehen. "Beim Kreissportbund kann man eine echte Erfolgsstory des Vereinswesens erleben, aber man merkt auch deutlich, dass Sportvereine immer wieder vor neuen Herausforderungen stehen. Es ist gut zu sehen, dass sich der Kreissportbund Warendorf diesen Aufgaben aktiv stellt.", so Henning Rehbaum MdB. Auch Programme zum Thema "Prävention sexualisierte Gewalt" haben die volle Rückendeckung der Politik.", "Breitensport kommt aus der Mitte und ist für die Mitte der Gesellschaft. Der Kreissportbund hat daher unsere volle Unterstützung.", so Rehbaum. Für Daniel Hagemeyer bleibt NRW Sportland Nr. 1. "Sport bildet, aktiviert, begeistert und verbindet Menschen unterschiedlicher Herkunft und Generation. Wir werden weiterhin die Sportinfrastruktur verbessern - für starke Vereine und guten Leistungs- und Breitensport.", so Hagemeyer. Auch 2023 unterstützen wir unsere Vereine im Kreis. Er verwies auf das 55 Mio.schwere Sofortprogramm NRW sowie die Förderprogramme für mehr Bewegungsangebote und die Unterstützung für den Ausbau der digitalen Infrastruktur in den Vereinen. Allerdings kommen bereits in naher Zukunft neue Herausforderungen auf den Kreissportbund zu. So wurde über Möglichkeiten diskutiert, die Vereine systematisch von der hohen Bürokratiebelastung durch die vielen, absolut begrüßenswerte, Förderprogramme des Landes NRW zu entlasten. "Man muss leider feststellen, dass zunehmend die für die Vereine so wichtigen Ehrenamtler fehlen, auch weil eine Generation in Rente geht, die hier sehr aktiv war.", gab Präsident Frank Schott zu bedenken. Allerdings, so Geschäftsführer Christof Kelzenberg, konnte der Kreissportbund durch Befragungen herausfinden, dass gerade unter Jugendlichen eine hohe Bereitschaft bestehe, sich im Ehrenamt zu engagieren. Diese nun gezielt zu finden und anzusprechen sei eine dringliche Aufgabe.

**Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de**



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Landesregierung

Krankenhausplanung: NRW ist bundesweit Vorbild - Bund muss Schritt halten statt auszubremsen

Grundlage für die flächendeckende stationäre medizinische Versorgung in Nordrhein-Westfalen ist die Krankenhausplanung. Damit richtet das Land die Krankenhausplanung neu aus. Der Zuspruch aus den fachlichen Reihen unterstreicht, dass dieser Weg richtig ist.

Der Krankenhausplan besteht aus den Rahmenvorgaben und den regionalen Planungskonzepten. Die Rahmenvorgaben geben die allgemeinen qualitativen und strukturellen Bedingungen vor, die ein Krankenhaus erfüllen muss, damit ein Krankenhaus einen Versorgungsauftrag erhalten kann. Die regionalen Planungskonzepte sind die praktische Umsetzung der Rahmenvorgaben – hier werden die Versorgungsaufträge konkret an die Krankenhäuser vergeben. Die neuen Rahmenvorgaben des Krankenhausplans NRW 2022 wurden am 27. April 2022 veröffentlicht. Der Startschuss für die praktische Umsetzung dieser Rahmenvorgaben fiel am 17. Oktober 2022. An diesem Tag haben die Bezirksregierungen die Kostenträger und Krankenhäuser zu den Verhandlungen über die regionalen Versorgungskonzepte aufgefordert. Am 17. November 2022 begann die sechsmonatige Verhandlungsphase. Allen Beteiligten wurden umfangreichen Informationen zur Verfügung gestellt. Die Akteure des nordrhein-westfälischen Krankenhauswesens haben an der Erstellung dieses Rahmenplans intensiv mitgearbeitet. Seit Ende 2019 sind unter Leitung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales in rund 50 Arbeitsgruppensitzungen des Landesausschusses für Krankenhausplanung die Grundzüge für einen neuen Krankenhausplan erarbeitet worden. Ausgangspunkt der Erarbeitung waren die Ergebnisse des Gutachtens zur Analyse der Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2019.

Der neu erarbeitete Krankenhausplan ist bundesweit bisher ohne Vorbild. Das Einvernehmen zu einem Krankenhausplan im Landesausschuss für Krankenhausplanung ist „historisch“ und bietet eine sehr gute Grundlage, transparent und vertrauensvoll mit allen Beteiligten weiterzuarbeiten. Die Zustimmung der Fachleute bestätigt ebenso wie der Bundes-Koalitionsvertrag, dass Nordrhein-Westfalen einen richtigen und wichtigen Weg eingeschlagen hat. Mit dem neuen Krankenhausplan ist eine differenzierte Planungssystematik eingeführt worden, die effektive Steuerung, Transparenz und Qualität verbindet. Es werden sogenannte Leistungsbereiche und Leistungsgruppen ausgewiesen, die die medizinischen Fachgebiete und Unterdisziplinen abbilden. Das neue Planungssystem führt einheitliche und überprüfbare Qualitätsvorgaben je Versorgungsangebot für alle Krankenhäuser ein. Die Krankenhausplanung wird nicht mehr wie bislang vorrangig die starre Plangröße Bett zu Grunde legen, sondern von den tatsächlichen Fallzahlen in den verschiedenen Leistungsbereichen ausgehen. Damit orientiert sich die Krankenhausplanung stärker als bisher am tatsächlichen Versorgungsgeschehen.

In den neuen Krankenhausplan fließen zudem auch die Erfahrungen der Corona-Pandemie ein: Die flächendeckende Grundversorgung wird gestärkt. In Nordrhein-Westfalen soll für über 90 Prozent der Bevölkerung ein Krankenhaus innerhalb von 20 Autominuten erreichbar sein. Der Plan schreibt auch die flächendeckende Vorhaltung der Intensivmedizin fest. Es werden außerdem auch Abteilungen für Lungenheilkunde, die in der Pandemie eine besondere Rolle gespielt haben, wieder im Krankenhausplan ausgewiesen. Der Landtag hat im April 2022 ein neues Krankenhausplanungsgesetz in Kraft gesetzt. Durch eine wissenschaftlich validierte und durch die Krankenhäuser mitgetragene Planung wird eine auskömmliche Finanzierung der Krankenhäuser angestrebt. Die Krankenhausreform wird seitens der Landesregierung durch mindestens 2,5 Mrd. Euro flankiert, die dazu dienen, durch die Umstrukturierungen notwendige Neu- und Umbauten zu fördern. Eine Planung nach Versorgungsgruppen stellt eine flächendeckende Versorgung mit bestimmten Stationen etwa Notaufnahmen, Geburtshilfen oder Kinderkliniken sicher. Für 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger soll ein Krankenhaus mit chirurgischen Versorgungsangebot in 20 Autominuten erreichbar sein.

Wir werden auch in Zukunft die Krankenhauslandschaft unseres Landes stärken und zukunftsfest machen, indem wir flächendeckend und wohnortnah die Versorgung sichern und die Qualität verbessern. Wir kennen die regionalen Besonderheiten im Land und orientieren uns an den Bedarfen vor Ort. Zusätzlich brauchen wir eine Reform der Krankenhausfinanzierung, die dem gleichen Ziel einer hohen Qualität dient und die Vorhaltung wichtiger Versorgungsstrukturen sichert. Deshalb muss die Reform der Bundesebene mit unserer innovativen Krankenhausplanung Schritt halten anstatt uns in NRW auszubremsen.

**Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de**



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Landesregierung

Mehr Landesfläche für Windenergie in Nordrhein-Westfalen

Bis zum Jahr 2032 muss NRW 1,8 Prozent der Landesfläche für Windenergie ausweisen. Das Land wird dieses Ziel bereits bis 2025 erfüllen. In seiner Sitzung am 7. März 2023, hat das Landeskabinett die vom Wirtschafts- und Klimaschutzministerium beauftragte Windenergieflächenanalyse beraten. Ziel ist, das Windenergieflächenbedarfsgesetz, das die entsprechende Zielvorgabe des Bundes enthält, deutlich vor den vorgesehenen Fristen umzusetzen.

Auf Basis der vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) erarbeiteten Analyse erfolgt eine gerechte Verteilung der geeigneten Windflächen auf die sechs Planungsregionen des Landes. Diese werden im Zuge der Änderung des Landesentwicklungsplans (LEP) verpflichtet, entsprechende Windenergiegebiete auszuweisen. Mit der Abstimmung der Flächenanalyse legt die Landesregierung eine wichtige Grundlage für den weiteren Ausbau Erneuerbarer Energien im Land.

Unser Ziel ist es, unsere Energieversorgung mit hohem Tempo unabhängiger, bezahlbar und nachhaltig zu gestalten. Deshalb stellen wir die Weichen für den Ausbau der Windenergie in Nordrhein-Westfalen und gehen dabei ambitioniert, transparent und gerecht vor. Dafür geben wir den Regionen größtmögliche Planungsspielräume, damit beim Ausbau die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigt werden können und der Ausbau gesteuert erfolgen kann. Die bisherigen Beiträge zum Ausbau der Windkraft werden angerechnet und alle zusätzlichen Beiträge gerecht verteilt. Gemeinsam mit den Regionen und Kommunen bauen wir unsere Energieversorgung um und legen die Grundlage für ein starkes und zukunftsfähiges Land NRW. Grundlage der Windflächenanalyse des LANUV ist ein umfangreicher Kriterienkatalog, der zur Verfügung stehende Flächen im Land präzisiert und Ausschlussflächen definiert. Ausgenommen sind etwa Siedlungsbereiche und die direkte Umgebung von Einzelwohnhäusern im Freiraum mit Abständen von 700 Metern (Innenbereich) und 500 Metern (Außenbereich). Auch werden Bereiche mit großer Hangneigung oder schlechten Windverhältnissen, die einen wirtschaftlichen Betrieb von Windanlagen nicht erwarten lassen, ausgeschlossen. In Anspruch genommen werden können aus den Regionalplänen auch Gewerbe- und Industriegebiete (GIB) und nicht fachrechtlich ausgeschlossene Bereiche zum Schutz der Natur (BSN). Insgesamt stellt das LANUV ein landesweites Gesamtpotenzial der Flächen für die Windenergienutzung von 126.249 Hektar beziehungsweise 3,7 Prozent der Landesfläche fest.

Für eine gerechte Verteilung auf die Planungsregion sind zwei Aspekte leitend: Zum einen soll keine Planungsregion mehr als 75 Prozent ihrer Potenzialflächen für die Windenergie zur Verfügung stellen müssen. Zum anderen soll nicht mehr als die bundesseitig vorgesehene Obergrenze von 2,2 Prozent der Gesamtfläche der Planungsregion für die Windenergie vorgehalten werden müssen. Im Ergebnis ergibt dies für die Planungsregionen Arnsberg, Detmold, Köln und Münster ein Teilflächenziel von 2,13 Prozent der regionalen Gesamtfläche (Planungsregion Arnsberg 13.186 Hektar, Detmold 13.888, Köln 15.682, Münster 12.670). Aufgrund der hohen Siedlungsdichte und des geringeren Flächenpotentials betragen die Teilflächenziele für die Planungsregion Düsseldorf 1,14 Prozent (4.151 Hektar) und für die Planungsregion des RVR 0,46 Prozent (2.036 Hektar). Bestehende Windenergieanlagen und geeignete bestehende Planungen werden bei der Erfüllung der Ziele berücksichtigt.

**Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de**



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Fraktion

Ein Jahr nach Kriegsbeginn: Nordrhein-Westfalens Solidarität mit der Ukraine ist ungebrochen

In Europa tobt ein brutaler Krieg. Seit dem 24. Februar 2022 erleben Ukrainerinnen und Ukrainer täglich brutale Angriffe auf ihre Heimat. Der Angriffskrieg Russlands hat bereits tausende Menschenleben gekostet, Familien und Freundschaften auseinandergerissen, Millionen Menschen in die Flucht getrieben.

Nordrhein-Westfalen hat über 220.000 Menschen, die vor Putins Bomben aus ihrer Heimat fliehen mussten, aufgenommen und einen sicheren Aufenthaltsort gegeben. Kinder und Jugendliche erhalten in nordrhein-westfälischen Kindertagesstätten und Schulen Zugang zu Bildung und einer geregelten Tagesstruktur. Verletzte und Kranke werden medizinisch versorgt, Waisenkinder und andere vulnerable Gruppen finden in Nordrhein-Westfalen eine sichere Zuflucht. Viele wollen und werden aber wieder in ihre Heimat zurückkehren, wenn es die Lage vor Ort wieder erlaubt.

Die Solidarität der Menschen in Nordrhein-Westfalen mit den Ukrainerinnen und Ukrainern ist ungebrochen. Im Rahmen der Initiative „NRW hilft der Ukraine“ werden fast täglich Hilfsgüter, vornehmlich Arzneimittel und Medizinprodukte, in die Ukraine transportiert. Auch humanitäre und technische Hilfsgüter, Sachspenden, Notstromaggregate, Wasseraufbereitungsanlagen und Pumpen werden aus Nordrhein-Westfalen in die Ukraine geliefert. Gerade in den Wintermonaten ist die Unterstützung wichtig. Viele oftmals ehrenamtlich tätige Menschen sind daran beteiligt.

Kommunen, gemeinnützige Organisationen, Unternehmen und andere leisten einen großen Beitrag, die mit dem Angriffskrieg verbundenen Herausforderungen zu bewältigen. Das Interesse von nordrhein-westfälischen Kommunen an Unterstützungsleistungen für ukrainische Partnerkommunen demonstriert die Solidarität unseres Landes auch auf kommunaler Ebene. Während einige Kommunen bereits seit den 1980er-Jahren Partnerschaften mit ukrainischen Kommunen pflegen, sind viele Kontakte im vergangenen Jahr neu entstanden. Dementsprechend groß ist der Bedarf nach Austausch und Beratung. Das Land fördert daher gezielt Projekte und Akteure, die den Austausch von Wissen und Best Practice-Beispielen voranbringen. Dieses vielfältige Engagement wollen wir aufrechterhalten.

Nordrhein-Westfalen hat sich auf Basis einer Initiative der demokratischen Fraktionen auf den Weg gemacht, um eine Regionalpartnerschaft mit der ukrainischen Oblast Dnipropetrowsk ins Leben zu rufen. Nach einem ersten Hilfstransport im Dezember 2022 beabsichtigt die Landesregierung in Kürze einen zweiten Hilfstransport mit Zelten, Zeltausstattung und Notstromaggregaten für die Oblast Dnipropetrowsk zu finanzieren. Gemeinsam mit seinen Partnern im französischen Hauts-de-France und im polnischen Schlesien prüft das Land, ob auch Kooperationen im Rahmen des Regionalen Weimarer Dreiecks umgesetzt werden können.

Die Partnerschaft mit der ukrainischen Oblast Dnipropetrowsk ist nicht nur für die Dauer des Krieges, sondern mit einer langfristigen, nachhaltigen Perspektive vereinbart worden. Über die humanitäre Hilfe hinaus sind in einer späteren Phase der Regionalpartnerschaft Maßnahmen zur Unterstützung des Wiederaufbaus und der weiteren Annäherung an die Europäische Union geplant.

Vor dem Hintergrund des ersten Jahrestages des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine haben CDU, SPD, Grüne und FDP einen gemeinsamen Antrag in den Landtag von Nordrhein-Westfalen eingebracht und verabschiedet, der die ungebrochene Solidarität unseres Landes mit der Ukraine unterstreicht. Der Dank des Landtags gilt dabei allen Menschen, die sich seit Kriegsausbruch in vielfältiger Hinsicht für die Unterstützung der Opfer des Angriffskriegs engagieren.

**Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de**



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Fraktion

Erinnern für Gegenwart und Zukunft: Gedenkstätte „Stalag“ 326 wird weiterentwickelt

Über drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene wurden Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Menschen aus den 15 damaligen Sowjetrepubliken wurden in die Gefangenschaft systematisch ausgebeutet, man ließ sie den Hungerstod sterben oder ermordete sie. Die Dimension dieses Verbrechens spiegelt sich bis heute in der deutschen Erinnerungskultur noch nicht angemessen wieder. Wie Bundespräsident a.D. Joachim Gauck bereits 2015 auf dem zum Stalag gehörenden Ehrenfriedhof in Schloß Holte-Stukenbrock ausführte, „stelle sich auch 70 Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs immer noch die Aufgabe, das Schicksal der 5,3 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem Erinnerungsschatten heraus zu holen“.

Die Prozedur der Registrierung, Entlassung und Musterung bei der Ankunft im Stammlager 326 diente dem NS-Regime nicht zuletzt dazu, Kriegsgefangene nach ihrer jeweiligen Arbeitskraft perfide zu selektieren. Die Kriegsgefangenen wurden dabei entmenslicht und ihrer Rechte beraubt. Stalag 326 war als Musterungslager für viele Menschen eine erste Station auf ihrem Weg in eines der unzähligen Arbeitskommandos im gesamten Wehrkreis VI und damit fast überall im heutigen Nordrhein-Westfalen. Das Lager legt mit den erhaltenen Gebäuden ein besonders bedeutendes authentisches Zeugnis von diesem menschenverachtenden Kapitel der deutschen Geschichte ab. Im Rahmen des ganzheitlichen Ansatzes der Machbarkeitsstudie des Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) aus dem Jahr 2020 wird auch die Zeitschicht des Sozialwerks Stukenbrock (1947-1970) berücksichtigt. Die Gedenkstätte Stalag 326 wird damit über gute Grundlagen für eine erinnerungskulturelle Arbeit und historisch-politische Bildung verfügen.

Mit seiner jetzigen Lage auf dem Gelände des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei Nordrhein-Westfalen (LAFP) in Schloß Holte-Stukenbrock sind nicht nur Herausforderungen, sondern auch Chancen verbunden. Das hat der Lenkungskreis vor Ort durch die von ihm angestoßene Variantenuntersuchung und die anschließende Machbarkeitsstudie des LWL gezeigt. Diese sind auch in den 2020 gestellten Antrag beim Bund eingeflossen. Nach der auf Bundesebene erfolgten Zusicherung einer Unterstützung der Weiterentwicklung der Gedenkstätte mit rd. 25 Mio. Euro hat das Land eine Förderung in gleicher Höhe bereits zugesichert. Der LWL wird laut eines Beschlusses weitere 10 Mio. Euro für das Projekt bereitstellen. Vor diesem Hintergrund haben die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP eine gemeinsame parlamentarische Initiative in den Landtag von Nordrhein-Westfalen eingebracht und beschlossen, dass eine ihrer nationalen und internationalen Bedeutung entsprechende Weiterentwicklung der Gedenkstätte Stalag 326 erfolgen soll. Gleichzeitig wurde die Landesregierung damit beauftragt, die Gründung einer Stiftung als Rechtsträger der Gedenkstätte vorzubereiten und anschließend umzusetzen.

Antrag von CDU und Grünen: Mehr Gleichberechtigung für Frauen im Erwerbsleben

Gleichstellung gehört nicht nur am 8. März, dem Internationalen Frauentag, in den Fokus. Der Tag gibt aber prominente Gelegenheit, die Leistungen von Frauen zu würdigen und gleichzeitig dort hinzusehen, wo Frauen noch benachteiligt werden. In ihrem Koalitionsvertrag haben CDU und Grüne das Ziel festgehalten, mit geeigneten Maßnahmen auf die Verwirklichung gleicher Chancen im Erwerbsleben hinzuwirken. Laut IT.NRW liegt der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen 17 Prozent niedriger als der von Männern. Unter anderem liegt dies daran, dass viele Frauen in Branchen und Berufen tätig sind, die vergleichsweise schlechter bezahlt werden. Hinzu kommt, dass 59 Prozent aller Frauen in Teilzeit oder in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, die häufig geringer entlohnt werden als Vollzeittätigkeiten. Gleiches trifft jedoch nur auf 22 Prozent der Männer zu. Hier braucht es weitere Maßnahmen, um Frauen zu stärken und Familien zu unterstützen.

Auch erbringen besonders Frauen durch Care-Arbeit eine erhebliche unbezahlte Leistung für unsere Gesellschaft. Sie sind in dem Moment, in dem sie eine Familie gründen und Kinder haben, heute noch immer stärker von Einschnitten im Erwerbsleben betroffen als Männer. Beispielsweise mit Blick auf Verdienst, Karrieremöglichkeiten und Altersversorgung. Die umfassende Gleichstellung von allen Frauen in jeglichen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Belangen ist für die Zukunftscoalition von CDU und GRÜNEN eine Voraussetzung für eine moderne, demokratische Gesellschaft.

Der Landtag hat deshalb mit den Stimmen von CDU und Grünen einen Antrag verabschiedet, der die Landesregierung unter anderem damit beauftragt sich dafür einzusetzen, dass Frauen stärker als bisher in allen Berufen und auf allen Ebenen vertreten sind. Außerdem sollen Projekte gegen ungewollte Teilzeit und Arbeitslosigkeit von Frauen weiterentwickelt werden und ein Lohnatlas für Nordrhein-Westfalen erarbeitet werden. Dieser soll die Unterschiede bei der Entlohnung der Geschlechter in den Branchen und Regionen für die Privatwirtschaft und Landesverwaltung beleuchten.

**Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de**



Daniel Hagemeyer

CDU**NRW Fraktion**

Mitglied des Landtags von Nordrhein-

Aus dem Wahlkreis

„Traditionelles Aschermittwoch Heringessen“ der CDU Freckenhorst

Der CDU Vorsitzende Martin Richter hatte in die Gaststätte „Alter Westfale“ geladen. Der Vizepräsident des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Dr. Gerhard Schabhüser hielt einen Vortrag zum Thema: „Informationssicherheit: Bedrohungslage und Maßnahmen“. „Wir haben uns abhängig gemacht von schlechter Informationstechnik“, ist er überzeugt. So fehlerbehaftete Systeme – allein letztes Jahr seien 20174 Schwachstellen gemeldet worden – würde man sich in anderen Bereichen nicht erlauben, verweist Schabhüser z.B. auf die IT in Flugzeugen, bei der voneinander unabhängige Systeme Sicherheit gewährleisten. Bei der Datenverarbeitung in Unternehmen und im Privatleben habe man gelernt, sich „mit komischer Software zufriedenzugeben.“ Zur Erklärung verwies Dr. Schabhüser auf die enorme Arbeitserleichterung, die z.B. die Textverarbeitung am PC im Vergleich zur Schreibmaschine mit sich gebracht hat. „Da war es nicht wirklich schlimm, wenn das System mal abgestürzt ist, so lange man oft genug gespeichert hatte.“



Regelmäßiges Speichern empfiehlt er auch in modernen IT-Umgebungen, um die Gefahr z.B. durch Ransomware-Angriffe gering zu halten. Systemupdates seien extrem wichtig, die Backup-Dateien müssten aber offline gespeichert werden: „Sonst werden sie vom Angreifer mit verschlüsselt.“ Zudem empfiehlt Dr. Schabhüser Übung im Umgang mit Updates und eine Notfallplanung: „Welche Schritte sind nach einem Angriff nötig“. Auch die Teilnahme in der Allianz für Cyber-Sicherheit sei sinnvoll, so Dr. Schabhüser. IT-Sicherheit sei in Unternehmen oft nicht Chefsache und Finanzmittel meist limitiert: „Wir empfehlen 20 Prozent des IT-Budget.“

Gespräch mit Daniel Hagemeyer bei „Betreuung 24“ in Westkirchen



„Unser größter Konkurrent ist die Schwarzarbeit“, sagt Oliver Frankrone. Mit seinem Unternehmen „Betreuung 24“ vermittelt er seit 2012 vornehmlich osteuropäische Betreuungskräfte an Familien in der Region. Während er selbstverständlich alle arbeitsrechtlichen Vorgaben einhält und den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn zahlt, sei das in der Schwarzarbeit, die nach Schätzung des Unternehmers rund 80 Prozent der Betreuungsverhältnisse ausmache, naturgemäß anders.

„Wir kümmern uns nicht nur um die Betreuungskräfte, sondern auch um deren Anmeldung, Versicherung und Anreise“, unterstreicht er. Oftmals arbeite man zudem mit einem ambulanten Pflegedienst zusammen, dessen Mitarbeiter sich um medizinische und Pflegeaufgaben der betreuten Personen kümmern. Ebenso unterstützt sein Team bei stundenweisen Alltagshilfe, wenn es z. B. um die Arbeiten in Hauswirtschaft oder der Begleitung bei Behörden- und Arztbesuchen geht. „Wir sind für jeden Menschen dankbar, der mit entsprechender Unterstützung weiter in den eigenen vier Wänden leben kann“, weiß Daniel Hagemeyer als stellv. Vorsitzender des Gesundheitsausschusses. Um das zukünftig zu erleichtern, nimmt er die Informationen aus dem Gespräch mit in die Düsseldorfer Arbeit. Denn Oliver Frankrone unterstrich, dass die Dokumentationspflichten in der 24-Stunden-Betreuung und der stundenweisen Alltagshilfe zwar nicht hoch seien, die entsprechenden Bögen am Monatsende aber dennoch per Post zu den Pflegekassen geschickt werden müssten. „Eine digitale Übermittlung wird zur Zeit noch nicht akzeptiert“, so der Unternehmer. Zudem sei der monatliche Entlastungsbetrag von 125 Euro, der Pflegebedürftigen von der Pflegekasse zusteht, seit 2017 nicht mehr angepasst worden. Hier sei eine Verbesserung dringend notwendig, ist auch Daniel Hagemeyer überzeugt: „Die Alltagshelfer leisten einen wertvollen Beitrag, damit die Selbständigkeit pflegebedürftiger Menschen erhalten bleibt.“ Um die Personalsituation in der Pflege insgesamt zu entspannen setzt die Landesregierung auf mehr Ausbildung. „Wir bilden aktuell ein Drittel mehr Pflegefachkräfte aus als noch 2017.“ Zudem fordert Hagemeyer gezielte Zuwanderung, eine Beschleunigung der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sowie ein verpflichtendes soziales Jahr, in dem junge Menschen Einblicke in Gesundheits- und Pflegeberufe bekämen. „Ziel der Landesregierung sei es, die pflegerische und gesundheitliche Versorgung sicherzustellen, auch wenn die Herausforderungen immens sind“, so Hagemeyer. Man wolle beispielsweise die Anwerbung ausländischer Fachkräfte durch ein einmaliges Begrüßungsgeld in Höhe von 3.000 € verstärken oder auch Wiedereinstiegsmodelle fördern, um ausgebildeten Pflegefachkräften mit landesgeförderten Auffrischkursen, Wiedereingliederungsmodellen oder einer Wiedereinstiegsprämie die Berufsrückkehr zu erleichtern.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

CDU**NRW Fraktion**

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus dem Wahlkreis

Gespräch bei der Zentralrendantur im Dekanat Warendorf

Die von der CDU-geführten Landesregierung geplante Verlängerung des Alltagshelfer-Programms für die Kindertagesstätten im Land stößt bei den Praktikern vor Ort auf ein ausgesprochen gutes Feedback.

„Eigentlich sind das Alltagsengel, keine Alltagshelfer“, sagt Heike Wiesmann, die als Verbundleiterin in einem Team die sieben Kitas der katholischen Pfarrgemeinde St. Laurentius betreut. Zusammen mit Dechant Andreas Rösner sowie Jochen Olgemöller und Martina Radhoff von der Zentralrendantur im Dekanat Warendorf traf sie sich jetzt zum Austausch mit Daniel Hagemeyer MdL. Dabei kamen auch Wünsche für die anstehende KiBiz-Reform zur Sprache, die die Landesregierung noch in dieser Legislaturperiode verabschieden will. Aber auch schon vor der KiBiz-Reform hoffen die Verantwortlichen vor Ort auf Veränderungen: „Von den 29 Einrichtungen im Dekanat kann nur eine im kommenden Jahr positiv planen“, blickt Martina Radhoff als Referatsleiterin Personal und Kita in der Zentralrendantur mit Sorge auf die Entwicklung der Kosten, die mit den derzeit geltenden Pauschalen nicht mehr gedeckt werden könnten. „In der Finanzplanung für das kommende Kindergartenjahr klappt in den meisten Kitas ein Defizit in fünfstelliger Höhe“, weiß Jochen Olgemöller. Eine Situation, die sich durch verändertes Buchungsverhalten von Betreuungszeiten durch Eltern noch einmal verschärfen könne, wie Martina Radhoff aufzeigte.

Dass man die Finanzierung der frühkindlichen Bildung in den vergangenen Jahren schon deutlich verbessert habe, machte Daniel Hagemeyer deutlich: „Seit der Reform des Kinderbildungsgesetzes in 2020 fließen jährlich 1,3 Milliarden Euro aus Bundes-, Landes- und Kommunalmitteln zusätzlich in das System der Kindertagesbetreuung in NRW.“ Zudem erhöhe das Land NRW die jährlichen Zuschüsse je Familienzentrum von 13.000 Euro auf 20.000 Euro und lege die finanziellen Mittel für die Sprachförderung und plusKITAS zusammen und erhöhe diese von 70 auf 100 Millionen Euro jährlich. Mit jährlich 115 Millionen Euro unterstützt das Land den Ausbau von Betreuungsplätzen. Damit leiste man ebenso wie mit einer Fachkräfteoffensive und verbessertem Fachkräftemanagement einen Beitrag gegen den Fachkräftemangel.

„Es ist wichtig, den Personalpool zu vergrößern“, sieht Jochen Olgemöller weitere Schlüssel in Qualifizierung, der Erleichterung des (Wieder-)Einstiegs und der Gewinnung von Menschen, die auch nach Renteneintritt stundenweise weiterarbeiten wollen. Für die anstehende KiBiz-Reform wünschen sich die Verantwortlichen beispielsweise die Einführung eines Sockelbetrages und die Streichung des 25-Stunden-Modells. Das würde viel Vereinfachung im ganzen System, aber nur wenig Veränderung für die Eltern mit sich bringen, ist Andreas Rösner überzeugt: „Rund 90 Prozent der Kinder essen schon heute in der Kita.“



Gespräch mit Polizei im Kreis WAF

„Die Hemmschwelle, Gewalt auszuüben, sinkt und die Respektlosigkeit steigt“, hat Polizeidirektorin Andrea Mersch-Schneider auch im Kreis Warendorf beobachtet. Und auch Landrat Dr. Gericke ist sicher: „Die Aggression nimmt zu, der Ton wird rauer, die Zündschnur bei den Leuten wird kürzer.“

Im Gespräch mit den Landtagsgeordneten Daniel Hagemeyer und Markus Höner verdeutlichten Landrat und Polizeidirektorin die Herausforderungen, denen sich die Polizei auch im Kreis Warendorf stellen muss. „Uniformierte aus Polizei, Rettungsdienst und Feuerwehr werden immer mehr zur Projektionsfläche gesellschaftlicher Konflikte“, so Dr. Gericke. „Die Hemmschwelle, uns zu beschimpfen, sinkt dramatisch.“ Andrea Mersch-Schneider ergänzt: „Wir sind grundsätzlich immer mehr Problemlöser.“ Und das auch bei Angelegenheiten wie bspw. Ruhestörungen, die früher bei einem Gespräch unter Nachbarn selber geregelt wurden.



Thema des Gesprächs im Kreishaus waren auch die Personalsituation, die Ausstattung der Beamten sowie die Sachausstattung, aber auch Themen wie die vorweihnachtliche Lichterfahrt der Landwirte unter dem Motto „Ein Funken Hoffnung“.

„Die Fahrten sind unproblematisch verlaufen“, blickt Andrea Mersch-Schneider zurück. „Der Rechtsstaat lebt davon, dass wir uns an Regeln halten“, sind Landrat Dr. Olaf Gericke und die heimischen Landtagsabgeordneten sich einig: „Freiheit und Verantwortung gehören zusammen.“ Für den Kreis Warendorf wünscht sich Andrea Mersch-Schneider bspw. eine Erhöhung der Zuweisung an Streifenwagen.

**Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de**



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus dem Wahlkreis

Neuwahlen der Ortsunion Milte

Christoph Schulze Heuling bleibt Vorsitzender der CDU Milte. In geheimer Wahl bestätigten ihn die Mitglieder der Ortsunion jetzt ebenso im Amt wie seinen Stellvertreter Ralph Reckhorn, Schriftführerin Hiltrud Schwegmann-Aerdker, Kassierer Josef Havelt und



die Beisitzer Dieter Terörde, Sascha Schmied und Heinz-Josef Große Beckmann. Dieter Terörde übernimmt zudem das Amt des Mitgliederbeauftragten. Neu im Vorstand ist Klaus Burbank als Beisitzer.

Themen des Rechenschaftsberichtes von Christoph Schulze Heuling waren Kindergarten-Neubau, Realisierung des Bebauungsplanes Ortserweiterung Ost und Querungshilfen im Baugebiet, sowie zahlreiche Veranstaltungen vor Ort: Die Ortsunion lud u.A. zu einem runden Tisch Landwirtschaft ein, bei dem die Abgeordneten Bianca Winkelmann und Henning Rehbaum den Landwirten Rede und Antwort standen. Es wurden Themen wie die Novellen der Düngerverordnung auf Landes- und Bundesebene diskutiert.

Anschließend ehrten Daniel Hagemeyer MdL, CDU Kreistagsmitglied Stephan Schulze Westhoff und Vorsitzender Christoph Schulze Heuling gemeinsam verdiente Mitglieder. Abgerundet wurde die Mitgliederversammlung durch ein Referat von Daniel Hagemeyer indem er über den Landeshaushalt 2023 sowie über die Fördermöglichkeiten für die Modernisierung von Wirtschaftswegen in Orten mit bis zu 10.000 Einwohnern informierte. Grundlage für die Förderung, die maximal 500.000 Euro betrage, sei ein Wirtschaftswegekonzept, so Hagemeyer. Für die geplante Reform des Kinderbildungsgesetzes betonte Hagemeyer: „Pädagogische Fachkräfte sind der Schlüssel für die Vermittlung frühkindlicher Bildung. Wir werden eine Fachkräfteoffensive etablieren und die Weichen für ein verbessertes Fachkräftemanagement stellen.“

NÄRRISCHER LANDTAG 2023

Über 130 Prinzen, Prinzenpaare und Dreigestirne waren im Landtag zu Gast – darunter auch der Stadtprinz Ingo II. (Sergel) aus Ennigerloh, der die Einladung von Daniel Hagemeyer MdL gerne angenommen hatte und so den Nordkreis beim offiziellen Empfang durch den Landtagspräsidenten André Kuper repräsentierte.

Aus allen Regionen NRW's waren die Jecken gekommen und feierten gemeinsam „Fünfte Jahreszeit“. „So viele Tollitäten sieht man selten an einem Ort“, es war ein wirklich gelungener Tag, freute sich Prinz Ingo II. gemeinsam mit seiner Abordnung aus der Drubbelstadt.



Für Daniel Hagemeyer steht fest, dass der närrische Landtag zur Brauchtumspflege dazugehört und der Karneval ein fester Bestandteil der kulturellen Identität unseres Landes ist: „Schön, dass ich nach zweijähriger Coronapause wieder eine Prinzenabordnung aus der Heimati begrüßen konnte.“, Neben der Tollität hatten sich die Präsidenten Oliver Schulte u. Holger Sergel, die Stadtferratsmitglieder Oliver Lankes u. Martin Richter sowie Stadtprinzenfahrer Ulrich Blochek auf den Weg nach Düsseldorf gemacht. Dort kamen sie mit Gleichgesinnten aus ganz NRW ins Gespräch. Immer ging es dabei um ein Thema, das allen am Herzen lag: Den Karneval. Das alljährliche Gipfeltreffen der närrischen Regenten gehört seit vielen Jahren zur Tradition des Landesparlaments. Ein wahrer Augenschmaus war neben den farbenprächtigen Ornaten auch das abwechslungsreiche Bühnenprogramm, bei dem zahlreiche Tanzgruppen und Showgarden ihr Können zu präsentieren wussten.

**Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de**